

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946**

15 (13.4.1946)



# Um Inhalt und Klarheit

Von Staatsrat a. D. Fr. Heurich, Vorsitzender der CDU Nordbaden

Deutschland kann nicht dort stehen, wo es heute steht. Die Weimarer Demokratie 1933 endete, die Ergebnisse, die dazwischen liegen, haben zu tief auf die Seele des Volkes eingewirkt. Wer glaubte, es bedürfe nur der Neugründung der Parteien, und das politische Geschehen einer neuen Demokratie sei geschaffen, der irrte. Die Menschen und Mächte, die auf Grund des Widerstandes, den sie der Tyrannei des Dritten Reiches leisteten, zu Trägern einer neuen Volksgewalt berufen sind, sind in den letzten 13 Jahren innerlich gewachsen. Das Schicksal der Fortentwicklung ihrer Gedankenwelt hat sich unter der Einwirkung schwerer und schwerer Erlebnisse beschleunigt. Man darf die Tatsache, daß evangelische und katholische Christen, denen das Bekenntnis zum Christentum als tragendes Grundgesetz aller abendländischen Kultur Herzensbedürfnis ist, sich mit unvergleichlicher Selbstverständlichkeit in einer neuen Partei, der CDU (Christlich-Demokratischen Union) gefunden haben, als beispielhaft bezeichnen. Die Erkenntnis, daß die Stunde gekommen ist, in der es gilt, die Grundsubstanzen der christlichen Lehre im öffentlichen Leben zur Bewältigung der großen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben wirksam werden zu lassen, war in überreicher Klarheit und Verbreitung da. Dies ist das Geheimnis des Erfolges der CDU. Daß nicht alle Politiker, z. B. in der Liberal-Demokratischen Partei, diese Entwicklung verstehen und sie mit alten Schlagworten, wie z. B. Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken, zu erklären suchen, beweist ihre Bindung an eine überholte Gedankenwelt. Wenn man sich Dr. Schumacher, der Führer der SPD in den westlichen Zonen, unter die Propheten gerechnet hat und das Auseinanderfallen der CDU vorausgesehen hat, so irrt auch er. Er hofft auf die auflösende Wirkung der beruflichen, sozialen und konfessionellen Zusammensetzung der Anhängerschaft der CDU, verkennt aber sowohl, daß diese Zusammensetzung ein zutiefst deutsches Spiegelbild der Bevölkerung ist, als auch die starke Bindung an die christlichen Botschaften, die nicht zuletzt in sozialer Hinsicht. Dabei will er selbst, wie aus einem Aufsatz in der „Neuen Zeitung“ hervorgeht, die SPD über die demokratisch gesinnten Arbeiter hinaus durch Heranziehung des Mittelstandes erweitern. Die Zeit wird zeigen, ob die Bindekraft des Programms der SPD stärker ist, oder die Lebensfähigkeit der CDU. Das Bekenntnis zur Demokratie darf in beiden politischen Bewegungen als unbestritten angesehen werden. Die Führerschaft der CDU hat genügend Beweise für die Aufrichtigkeit ihres demokratischen Willens gegeben.

Die Sozialdemokratische Partei befindet sich in einer ernsten inneren Krise. In Verbindung mit dem Auseinandergehen über die Vereinigung der SPD mit der KPD lassen sich mindestens 3 Richtungen unterscheiden: Solche, die die Vereinigung ablehnen, andere, die sie befürworten, wieder andere, die in der KPD aufgehen wollen. Als die derzeit führenden Männer erscheinen Dr. Schumacher, Grathwohl und schließlich Staatsrat Dr. Schmidt. Der Glaube an die alte Parteidoktrin, an den Klassenkampf, den historischen Materialismus mit seiner Verneinung der Wirkkräfte der Religion und der Ethik ist teilweise erloschen. Man will den Sozialismus auf neue, noch nicht sichtbare Grundlagen stellen. Einer der führenden Männer der SPD, Staatsrat Dr. Schmidt, betonte, daß die SPD auf christlichen Fundamenten aufbauen werde. Ueber die Beobachtung, daß hier und anderwärts die Bezugnahme auf das Christentum sich häuft, sollte man sich freuen können. Es ist aber noch nicht klar, ob diese Bekenntnisse ernst gemeint sind, oder ob sie, wie z. B. die Dr. Schmidt'schen Ausführungen, die in dem unbedingten christlichen, württembergischen Oberland ausgesprochen wurden, wahlrechtlich aufzufassen sind. Von Dr. Schumacher sind z. B. in seiner Stuttzarter Rede weit kühnere Ausführungen bekannt geworden, die praktisch die Religion nach wie vor nicht zur Basis der Partei erklären. Er hebt vorwiegend auf praktische Fragen wie z. B. die Sozialistische Demokratie, Sozialismus sei, ohne den Sozialismus näher zu beschreiben. Sozialismus sei, sagte er in der „Neuen Zeitung“, die höchste Form der Wirtschaft und Kultur. Der Weg vom unfruchtbaren Klassenkampf bis zu dem auf der Gleichheit aller Menschen vor Gott beruhenden, in strenger Gerechtigkeit und Liebe sich vollziehenden Interessenausgleich der Sünden, vom historischen Materialismus bis zur vollen Bejahung der christlichen Grundthesen als Grundlage der abendländischen Kultur ist weit. Die SPD wird, wenn sie ihn nach Dr. Schmidt gehen wollte, ihn nicht ohne die erste Gefahr neuer Spaltungen und Auflösungserscheinungen in der Partei beschreiben können.

Wenn es sich bei dem neuen Sozialismus um das ehrlich gemeinte Bekenntnis zu der sittlich begründeten Sozialreform, um eine seitens der Arbeiter und der sozialen Verpflichtungen des Eigentums handelt, wird die CDU hierin die Grundlage zu fruchtbarer Zusammenarbeit sehen. Mit Wehmut denken wir daran, was alles in der Vergangenheit hätte erreicht werden können, wenn uns die unfruchtbaren Auseinandersetzungen über den Klassenkampf und ähnliche Ideen erspart geblieben wären und alle Kraft auf die von uns schon immer vertretene soziale Reformarbeit hätte verwendet werden können.

Eine weitere Grundlage zur Zusammenarbeit scheint uns die von Minister Ullrich abgegebene Erklärung zu sein, daß die SPD aus allgemeiner menschlicher Humanität heraus Religion und Kirche tolerieren wolle. Unser Programm zehet weiter, doch können wir uns mit der SPD verständigen. Wir müssen uns verständigen. Die politischen und wirtschaftlichen Fragen, die heute die Existenz des Volkes schlichtlich bestimmen (Arbeitsverfassung, Ernährung, Gütererzeugung und -verteilung, Finanzen, Währung, Versorgung der Bedürfnisse, Wiederaufbau u. a. m.) dulden keine gehässigen Parteikämpfe. Wir haben die Hoffnung, daß im Endergebnis eine Arbeitsgemeinschaft zweier großer Parteien wirksam werden wird, die beide, wie wir dies in England und auch in Amerika (z. B. in der engl. Arbeiterpartei) sehen, weit offen und staatsbejahend sind.

Unsere christlich-demokratische und christlich-sozialistische Bewegung der CDU wird ohne Haß und Neid, ohne Klassenkampf, nur von der Liebe zu unserem Volke befeuert und mit dieser Liebe als Belohnung an die Arbeit gehen. Auf daß unsere Jugend einen Funken Glauben und einen Schimmer Hoffnung auf ein menschenwürdiges Dasein im deutschen Vaterlande habe. Das Gewicht unserer Ideale im politischen Leben wird so schwer wiegen, wie unsere Bewegung stark ist.

# Nachrichten aus den Zonen

**DANA feucht**  
Amerikanische Zone  
Stuttgart. Das Jugendwerk der evangelischen Kirche wird am 6. Mai einen Mädchenkurs in Ellingen veranstalten. Bis jetzt haben sich 2100 Mädchen zur Teilnahme gemeldet.  
Stuttgart. Die religiöse Bewegung des Baha-ismus wurde nach achtjähriger Unterdrückung am 7. April in Stuttgart unter Leitung von Paul Göll in der F. D. D. wieder gegründet.  
Stuttgart. Die „Schwäbische Volksjugend“ wird demnächst ihren 1. Jugendtag durchführen. Die Tagung findet im großen Saal des württembergischen Staatstheaters in Stuttgart statt.  
Stuttgart. In Württemberg werden Ostern die ersten 12 Jugendberufshilfen Deutschlands wieder eröffnet. In einer Feier, an der verschiedene Jugendorganisationen teilnehmen, wird der Vorsitzende des schwäbischen Jugendberufswerks, Ministerialrat Hessinger, am Ostermontag die Jugendberufshilfen in Kirchheim-Teck, Wiesentala, an der schwäbischen Alb, einweihen.  
Mannheim. Der Antrag des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes von Mannheim, die allgemeine Arbeitszeit auf 40 Stunden herabzusetzen, wurde von der Militärregierung abgelehnt.  
Frankfurt. Als zweite Zeitung erscheint ab 15. April in Frankfurt die „Frankfurter Neue Presse“. Die Zeitung kommt zweimal wöchentlich mit je sechs Seiten, am Samstag und Sonntag, heraus.  
Wiesbaden. Über 700 von den Nazis aus politischen Kirchen und Klöstern geraubte Kleinodien sollen jetzt ihren Eigentümern zurückgegeben werden.  
Wiesbaden. Eine Gruppe amerikanischer Schriftsteller, Verleger und Schriftsteller bereitet zur Zeit die amerikanische Zone. Nach Zusammenkünften mit bayrischen und württembergisch-badischen Journalisten werden die amerikanischen Zeitungsverleger am 20. April einer Einladung des Chefs der Militärregierung, Oberst James R. Newmann, folgend, in Wiesbaden mit deutschen Schriftleitern und Verlegern zusammentreffen.  
Bittliche Zone  
Celle. Der ehemalige General Kurt Student wird sich am 6. Mai vor einem britischen Militärgericht in Celle zu verantworten haben.

„Wenn wir Frauen auf Grund unserer physischen Eigenschaften zum Teil anders fühlen, denken und handeln, so empfinden wir unser Anderssein als einen Vorzug im Hinblick auf die Ergänzung des Mannes und die Bereicherung der Gesellschaft.“ Clara Zetkin (1907).

Eine starke Organisation der Arbeit ist ohne das Milieu der Frauen nicht denkbar, wie die Lösung aller anderen Gewerkschaftsaufgaben ohne Frauen durchführbar ist. Diese Erkenntnis ist noch lange nicht Allgemeinort aller Frauen geworden. Viele stehen den nüchternen Tatsachen der Gegenwart noch fremd, abwartend oder teilnahmslos gegenüber und mit den Gewerkschaften wissen sie schon deshalb nichts anzufangen, weil die Enttäuschungen des Naziregimes gerade die Frauen mit einer schwer überwindbaren Scheu vor jeder Organisation erfüllt haben. Wenn es aber gelingt, die Frauen davon zu überzeugen, daß sie neben dem Manne nicht nur gleichberechtigt arbeiten, sondern auch mitreden, mitberaten und mitgestalten sollen bei allen Berufs-, Betriebs- und allgemeinen Lebensfragen, desto eher werden sie auch diesmal mit ganzem Herzen dabei sein.

Die Hitler-Katzenpötte hat die Welt der Frauen besonders hart erschüttert. Die zahllosen, heuchlerischen Versprechungen auf ein „glückliches Familienleben“ sind zerplatzt, die „goldene Brücke“ der Erwerbbarkeit, über die die Frauen in dem sicheren Hafen der Ehe geführt werden sollten, ist zusammengebrochen. Die Verlockungen, mit denen man Mädchen und Frauen bereits 1939 in die Rüstungsbetriebe steckte, sind verfallen.

Was wollen und sollen die Millionen Mädchen und Frauen nun beginnen, die aus den Riesenbächen der aufgelösten Wehrmacht, Partei- und Beamtenstellen auf die Straße gesetzt wurden? Wohin mit den Hunderttausenden von Sekretärinnen, Stenotypistinnen, Buchhalterinnen, Kassierinnen und Verkäuferinnen? Was wird aus dem Heer der ungelerten weiblichen Mitglieder unserer Gemeinschaft? Nur einige Zahlen mögen das ungeheure Maß der zu bewältigenden Aufgabe andeuten: Für 451.000 schulpflichtige Mädchen im Jahre 1940 fehlten 233.643 Lehrstellen. Die Statistik der Lehrkräfte vom 30. Juni 1941 gibt die Gesamtzahl der weiblichen Lehrkräfte mit 291.436 an, davon 211.813, also 72 Proz., in kaufmännischen Berufen, knapp 15 Proz. in Bekleidungsberufen und nur 590 weibliche Lehrkräfte in der Metallindustrie. Sie alle und noch viel mehr sitzen nun ohne Arbeit und ohne Berufsaussichten da. Zu ihnen gesellen sich die Millionen, die während der Naziherrschaft die Erwerbbarkeit als „Nebenberuf“ betrachteten. Bereits im Juni 1939 gab es als Folge der Aufrüstung 1 1/2 Millionen mehr erwerbstätige Frauen als 1933. Dann kam der totale Krieg, der die verheirateten Frauen und Mütter in die Fabriken und Väter und Söhne an die Fronten preßte.

Die Frauen müssen selbst mit Hand anlegen, sie müssen einer aufmerksamen Welt zeigen, daß sie gewillt und in der Lage sind, jetzt „ihren Mann“ zu stehen. Die Gewerkschaften rufen allen Frauen, die auf Erwerbbarkeit angewiesen sind. Es müssen neue Arbeitsstellen und Lehrstellen geschaffen werden. Die Berufsausbildung der jungen Mädchen erfordert neue Grundlagen. Für die Frauen gibt es neue Berufe zu erschließen. Dazu gehören Berufsberatung, Umschulung und Fortbildung. Ohne die tätige Mitarbeit der Frauen können die Gewerkschaften alle diese Aufgaben nicht bewältigen. Die Regeln des Arbeiterinnen- und Mutterrechtes sowie die Forderungen für die Kinder berufstätiger Frauen sind unüberwindlich, wenn die Frauen daran nicht selbst mitarbeiten. Aber auch in den Betriebsvertretungen, Verbandsleitungen und Bezirks-

**Aus dem Gewerkschaftsleben**  
Frauen und Gewerkschaften.  
ausgeschlossen kann auf die Mitarbeit der Frauen nicht verzichtet werden, ganz zu schweigen von den Beratungen in den Organen der kommunalen und staatlichen Selbstverwaltung sowie der neuen Sozialversicherungsangelegenheiten. Ohne den guten weiblichen Einfluß in Betrieb, Gewerkschaft und dem ganzen öffentlichen Leben geht es nicht. Die Bekämpfung der Gesundheits- und Unfallgefahr, die Fürsorge für Kranke, Schwangere und stillende Mütter, die Jugend- und Körperhygiene, die alle rufen nach der helfenden Hand der Frau!

Möge dieser dringende Ruf gehört und beherzigt werden. Auch an den Frauen liegt es, daß alle Menschen einen Aufbruch nehmen, wieder durch einen Krieg zerstört wird. Ch. K. B. a. d. C.

Freier deutscher Gewerkschaftsbund in Bad Nauheim wieder errichtet. Es kam bei der Gründung zum Ausdruck, daß die heute existierende einheitliche Gewerkschaft ohne Rücksicht auf weltanschauliche, politische oder religiöse Verschiedenheiten Arbeiter, Angestellte und Beamte vereint. (DANA).

Aus anderen Zeitungen  
A. B. M. Minister Ernest Bevin ist nach Erreichung der Altersgrenze von seinem Posten als Generalsekretär des englischen Transportarbeiterverbandes zurückgetreten.

Einheitsgewerkschaft der Eisenbahner. Die Vertreter der Gewerkschaften und der Betriebsratverträtungen des Reichsbahnpersonals der Direktion Frankfurt (M.), Kassel, Nürnberg, Augsburg, Regensburg, München und Stuttgart fassen einstimmig die Entscheidung, eine Einheitsgewerkschaft der Eisenbahner zu errichten.

Der Industrieverband Chemie, Keramik und Papier bittet seine alten Gewerkschaftsmitglieder und Funktionäre, alle noch vorhandenen Literatur, Statuten, Flugschriften usw. aus der Zeit vor 1933 bis heute der Verwertungsgesellschaft Köln, V. G. 9, zuzuschicken.

Der Organisationsausschuß des FDGB Berlin behandelte eingehend die Frage der Einführung der Unterstellungsrichtlinien.

**Bundstag der Deutschen Friedensgesellschaft**  
Am 30. März trafen sich in Hannover die Delegierten der Deutschen Friedensgesellschaft (Bund der Kriegsgegner) zu einem außerordentlichen Bundestag. Trotz der Ungunst der Verhältnisse wies die Tagung einen bemerkenswerten Besuch auf, und das erste Wiedersehen der Friedensfreunde aus allen Zonen gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung. Es wurde der Opfergedanke der Arbeiter und Soldaten in den Reihen der aufstrebenden Pazifisten gerühmt, und der Fremde, die sich durch die Emigration dem Haß der Verfolger entzogen und draußen eine neue Heimat suchen mußten. Bei der Nennung der Namen, wie Heinrich Vierbieler, Friedrich Kayser, Lehmann-Rußhöft, Prof. W. Stöcker, stieg der Arbeit zu sehen dem Unglück des Krieges, der unsere Generation zum zweiten Male wie ein böses Fieber heimsuchte, der unseren Kontinent in namenloses Elend stürzte, die Wiederkehr durch eine radikale innere Abkehr von aller Militärfreundlichkeit unmöglich zu machen. Das auf der Tagung beschlossene neue Programm der DFG wird in Kürze veröffentlicht werden. Zum Präsidenten wurde einstimmig Dr. h. c. Freyher von Schönau wiedergewählt. Ferner wurden in das Bundespräsidium Erik Küster, als geschäftsführender Vorsitzender, Eugen Baagel, Bochum, Josef Kadzorgsky, Frankfurt a. M., W. Oehlischlager, Berlin, Ludwig Wolf, Erlangen, und Walter Zillmann, Stuttgart, berufen.

**Neue Bestimmungen im Fahrzeuerverkehr**  
Frankfurt, 12. April. (DANA) Die Transportmittel der Landstrassen sind so stark belastet, daß eine genaue wirtschaftliche und verkehrsmäßige Überwachung des Lastkraftwagenverkehrs notwendig ist, so sagte der Leiter der großhessischen Landesstraßenverkehrsbehörde, Dipl.-Ing. Wilhelm Götzer, in einer Rundfunkansprache. Diese Aufgaben werden künftig den Straßenverkehrsämtern in den Land- und Stadtgemeinden übertragen, die anstelle der Fahrlehrer zur Kontrolle des Güterverkehrs auf Lastkraftwagen nicht genügen, sind jetzt neben den Fahrlehrern Frachtbefugnisse mitzuführen, auf denen der Verleiher und der Empfänger, die Art und Menge des Ladegutes, die Frachttätze und die Dorechtigung vermerkt sind. Wird ein Fahrzeug wiederholt ohne diesen Frachtbefugnis angetroffen, so kann dem Fahrzeughalter das Fahrzeug entzogen werden. Eine andere neue Maßnahme ist die Einführung von Fahrlehrern für Personenkraftwagen bei Fahrten über 80 km. Um den vorhandenen Transportraum und Treibstoff noch besser auszunutzen zu können, wird in Großhessen ab sofort ein Güteramtsverkehr eingerichtet. In jedem Kreisgebiet werden Sammellager angelegt und Lastkraftwagen, die nicht voll beladen sind und solche Orte berühren, müssen dieses Sammellager anfahren und Güter mitnehmen, wenn diese nach einem auf der vorgeschriebenen Fahrtroute gelegenen Orte transportiert werden sollen.

**Der Verfall der Demokratie**  
Baden-Dona (D. N. V. Verlag) legte am 1. April eine illustrierte Wochenzeitschrift vor. Die reichbelegte, mit gutem Material ausgestattete Ausgabe bringt auf der Titelseite unter dem Titel „Die neue Demokratie“, ein Wort, das dem Verfasser des Gepräges gibt. Es geht um die Überwindung der Nationalität, um Selbsthilfe, um die Stärkung der Demokratie, um die Kräfte des Aufbaus zum Tragen kommen. Bilder aus aller Welt, die den Geist einer neuen Zeit erheben, schaffen eine illustrierte von höchster Aktualität. „Zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“, in der obengenannten Meldung in Nr. 14 BNN nach dem Zwischenfall „Anordnung zur Auflösung des Meldebogens“ unter „sonstige Nationalorganisationen“, „Deutscher Geheimdienst“ heißen, und nicht „Deutscher Geheimdienst“.

**Bayrische SPD gegen Verschmelzung**  
Ausprache mit Ministerpräsident Dr. Höger  
München, 12. April. (DANA) Im Rahmen einer freien Aussprache auf der Pressekonferenz der bayrischen Regierung wurde Ministerpräsident Dr. Wilhelm Höger von einem SPD-Vertreter gefragt, inwiefern innerhalb der SPD in Bayern Bestrebungen für eine Verschmelzung der sozialdemokratischen mit der kommunistischen Partei zu beobachten seien.

Dr. Höger betonte, daß in den Reihen der bayrischen Sozialdemokraten keinerlei Tendenzen, die auf die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien hindeuten, zu beobachten seien.

Wenn die Kommunisten heute unter Demokratie geworden seien, so sagte er, die logische Folge der Rückkehr der Einzelmitglieder der KPD in den Reihen der Mutterpartei, von der sie sich im Jahre 1919 losgelöst hätten, sein müsse.

Zur gleichen Frage nahm der Minister für Sonderaufgaben, Schmitt, Stellung. „Die in der Sozialdemokratie teilweise bereits durchgeführte Verschmelzung der KPD mit der SPD zu einer einheitlichen Arbeiterbewegung wird von den Mitgliedern der KPD in Bayern lebhaft begrüßt, da sie einen wertvollen Grundpfeiler beim wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands darstellt.“

**Christliche Union in der US-Zone**  
In der vorigen Woche trafen sich die Vorsitzenden und Beauftragten der Christlich-sozialen Union in Bayern, der Christlich-demokratischen Union in Württemberg, der Christlich-demokratischen Union Baden und der Christlich-demokratischen Union Großhessens, nämlich Dr. Josef Müller, München, Beauftragter von Fritz-W. Giffon, Botschafter V. Reich, Wirtschaftsminister A. D. Dr. Stuttgart, Reichsminister A. D. Dr. Köhler, Minister Hilpert, Wiesbaden, Oberbürgermeister A. D. Adenauer, Köln, Oberpräsident Steiner, Schleswig-Holstein, in einer gemeinsamen Besprechung über die entscheidenden innen- und außenpolitischen Grundfragen der Union für den Aufbau eines neuen, demokratischen Deutschlands und erzielten in ihren Beratungen eine vollständige Übereinstimmung.

Sie haben den Zusammenschluß zur Christlichen Union in der US-Zone beschlossen. An den Beratungen haben führende Vertreter der Christlich-demokratischen Union der britischen Zone teilgenommen. Auch mit ihnen wurde vollständige Übereinstimmung festgestellt. Es wurde beschlossen, daß sowohl seitens der Union in der US-Zone wie der britischen Zone entsprechende Schritte für den Zusammenschluß der Union für die beiden Zonen unternommen werden. Das ist ein politischer Vorzug von nicht zu unterschätzender Bedeutung für unsere gesamte Innenpolitik. Sie zeigt, daß die Lösung der Union zum Zusammenschluß auch von den verschiedenen Landesorganisationen der Christlich-demokratischen Union in den westlichen Zonen voll und ganz bejaht wird. Die Gemeinschaft der Union in Süddeutschland ist eine insofern bemerkenswerte Tatsache, als zum erstenmal seit 25 Jahren die Christliche Partei Bayerns in eine über die bayerische Grenze hinausreichende politische Organisation einbezogen ist. Der Zusammenschluß wird eine grundtätige einheitliche Ausrichtung der Politik der Union auf dem gemeinsamen Boden des Christentums zur Folge haben, unangetastet der Nuancen, die durch die verschiedenen Entwicklungsstadien und Tradition der einzelnen Landesorganisationen von Anfang an bestehen ist. Ohne Zweifel ist dadurch die Stärke der Union wesentlich verstärkt worden. Sie wird auch die Reaktionen der einzelnen Länder befruchtend auf die Arbeiten der Länderärzte einwirken können, obwohl gerade in ihm diese verstärkte politische Kräfteverteilung in Süddeutschland keinen Vertreter hat.

**Wieder deutsche Arbeitsgerichte**  
Berlin, 12. April. (DANA) Der alliierte Kontrollrat beschloß und unterzeichnete am 30. März in seiner 52. Sitzung ein neues Gesetz zur Wiedereinführung deutscher Arbeitsgerichte. Das Gesetz bestimmt, daß in ganz Deutschland örtliche Arbeitsgerichte und die erforderlichen Berufungsgerichte zur Regelung von Arbeitsstreitigkeiten zu errichten sind.

Nach diesem Gesetz haben die örtlichen Arbeitsgerichte als 1. Instanz zu fungieren, ganz gleich, wie groß das Streitobjekt ist. Die Berufungsgerichte haben als 2. Instanz über Berufungen gegen die örtlichen Arbeitsgerichte zu entscheiden. Ferner wurde festgelegt, daß die Zonen-Kommandanten in Ermangelung eines deutschen obersten Arbeitsgerichts von sich ein oder mehrere höhere Gerichte als Obsteinstanz in mehreren Fällen einsetzen können.

Die Arbeitsgerichte sind in Zivilverfahren verschiedener Art zuständig, zum Beispiel für Streitigkeiten zwischen den Parteien, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, ferner für Streitigkeiten, die sich aus Abkommen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern hinsichtlich der Preisbedingungen, des Gesundheitsschutzes und der Un-

**Das freie Wort**  
Herr Xaver Kästel, Karlsruhe, Buntst. schreibt uns:  
Die Überufenen!  
Zu dem gegenwärtigen Vereinigungsaufruf der SPD und der KPD ist folgendes zu sagen. Der Sozialist muß, bevor er an solche schwerwiegenden Fragen herantritt, dieselben kennzeichnend geprüft haben. Er muß sich vor allem die Fragen vorlegen, warum die Vereinigung, woher kommt sie, was ist die Ursache, und was ist ihre Auswirkung. Ist meine Handlungsweise der Parteibewegung dienlich, oder ist mein Vorhaben nur ein einzelner Personensache zum Vorteil. Das ist die Gewissensfrage eines verantwortlichen Sozialisten für eine Sache von außerordentlicher Bedeutung, wie die Vereinigung der SPD mit der KPD.

Wann und wo hat der Sprecher für die östlichen Gebiete, Grotwohl, sowie der Sprecher für die westlichen Gebiete, Schuchter-Hanow, den Auftrag erhalten, Vereinigungsbestrebungen anzukündigen? Die organisatorischen Voraussetzungen sind doch noch gar nicht vorhanden. Für uns in der SPD organisierten Mitgliedern ist unser Heideberger Programm aus dem Jahre 1925 immer noch ziel- und richtunggebend.

Es ist ein überflüssiges und undemokratisches Vorgehen beider Genossen. Die Einheit der Republik ist nicht vorhanden. Ebenso ist der organisierte Aufbau der örtlichen Organisationen nicht vorhanden. Es ist ein Sozialdemokrat, der oben herunter kommt für ein Sozialdemokrat, das die Demokratie verstoßen, deren die Freiheit und Gleichheit.

Im Heideberger Programm steht die Forderung, die SPD strebt die Einheit der Republik auf demokratischer Grundlage. Sobald die Voraussetzungen des Nationalismus und die deutsche Republik überlassen können wir die demokratische Einheitsrepublik Deutschlands schaffen. Ebenso die „Republikanische Sozialistische Partei Deutschlands“.

Wir Klassenbewußte Sozialisten gehen in der Frage der Vereinigung mit unserem großen Theoretiker Karl Kautsky, und das ist es, was ich den Genossen in Berlin und Hannover ins Stammbuch schreiben möchte.

Karl Kautsky sagt in seinem Buche „Die proletarische Revolution und ihr Programm“ vom Jahre 1922 (Dietz-Verlag Stuttgart) folgendes:  
„Die kommunistische Partei ist ein Kind der russischen Revolution. Aus der russischen Revolution geboren, wird die kommunistische Partei mit ihr auflösen, auf das Proletariat zu wirken.“

Nach dem Siege über den Nationalismus hat die russische Revolution ihren Abschluß gefunden. Das sind die besten Gründe für die Einigkeit, warum die Führer der heutigen „Kommunistisch-Deutschen Partei Deutschlands“ die Vereinigung mit der SPD suchen.

**Tellerhöhung der Lebensmittelrationen**  
Frankfurt, 12. April. (DANA) In der 88. Zuteilungsperiode werden nach einer Meldung von Radio-Frankfurt die Fett-, Kise-, Zucker- und Milchrationen in der amerikanischen Zone erhöht werden. Zum ersten Male steht Zucker auf der Liste für die Normalverbraucher über sechs Jahren. Die Erhöhung der Fettzuteilung betrifft nur Schwerarbeiter.

Für die Altersgruppen zwischen sechs und 18 Jahren wird die Magermilchration erhöht. Für Normalverbraucher ist ebenfalls eine geringe Erhöhung vorgesehen.

Die tägliche Kalorienmenge wird durch diese Veränderungen nicht gesteigert. Die Verbesserungen stellen lediglich einen Ausgleich innerhalb der festgesetzten Gesamtration für eingetretene Ausfälle dar.

**Die Weltenernährungslage**  
Washington, 12. April. (AP) „Die Weltenernährungslage bessert sich, und wenn wir über die nächsten 90 Tage hinwegkommen, wird alles gut sein“, erklärte Präsident Truman am Donnerstag in einer Pressekonferenz. Der Regen in Indien, das gute Anhalten der Bauern, die Aussichten auf bessere Ernten, die Ernte in den Vereinigten Staaten und die verstärkte Lebensmittelproduktion in Nordafrika und Frankreich hätten die Besserung herbeigeführt.

**Einzelbaugenehmigung**  
Stuttgart, 12. April. (DANA). Das Staatsministerium Württemberg-Baden teilt mit: Es ist beabsichtigt, auf dem Wege der Ausnahmebewährung vom allg. Baugesetz die Einzelbaugenehmigungen zu erteilen. Die vom württembergisch-badischen Innenministerium eingedrehten Baubauanträge in Stuttgart, Heusteigstraße 66, wird die notwendigen Auskünfte erteilen. Hierdurch soll die Privatinitiative beim Wiederaufbau gefördert werden, besonders in den landwirtschaftlichen Gebieten, die durch die bestehenden Baubeschränkungen und Geldknappheiten nicht auf den Einzelfrei behördlicher Organe warten können. Vor Beginn jeder Bauausführung muß die Frage der Ausnahmebewährung durch die Baubehörde des Innenministeriums geklärt werden.

**Die Stimme der Parteien**  
von Wahlvorschlägen eingeführt, allerdings mit der Möglichkeit des Kumulierens und Panzerens, womit der Wahlberechtigte ein bestimmtes Parteimitglied besonders wertvoll hält, mehrere Stimmen zu geben. In Baden hält man sich nach wie vor an den Listenwahlrecht ohne irgendwelche Möglichkeit, eine Persönlichkeitswahl vorzunehmen. Die Wahlberechtigten in den verschiedenen Kreise, die auf die Gestaltung der Dinge Einfluß haben, sich für die Beibehaltung des bisherigen badischen Wahlrechts besonders interessieren. Warum hätte man sonst einen berechtigten Verstoß gegen die Wahlrechtsänderung in Stuttgart wolle, von Karlsruhe zu widersprechen? Die Tatsache, daß nach dem badischen Wahlrecht die Zahl der Wahlberechtigten im gleichen oder folgenden Tage abgeschlossen ist, während es in Württemberg mehrere Tage gibt, ist kein Grund, sich überhaupt noch auf derzeit verstreute Beschlüsse zu verlassen. Wie schon oben festgestellt, ist die Auffassung nicht, daß das Volk es kann verstehen dürfte, daß man sich überhaupt noch auf derzeit verstreute Beschlüsse verlassen kann. Wie schon oben festgestellt, ist die Auffassung nicht, daß das Volk es kann verstehen dürfte, daß man sich überhaupt noch auf derzeit verstreute Beschlüsse verlassen kann. Wie schon oben festgestellt, ist die Auffassung nicht, daß das Volk es kann verstehen dürfte, daß man sich überhaupt noch auf derzeit verstreute Beschlüsse verlassen kann.

**Wie steht es mit Nord-Württemberg - Nord-Baden?**  
Das Problem der Bildung des Staates Nord-Württemberg/Nord-Baden wird von uns hier in Pforzheim besonders aufmerksam verfolgt. Pforzheim bildet fast ein halbes im württembergischen Gebiet, denn es ist von drei Seiten durch Württemberg eingeschlossen und dadurch in mannigfaltiger Hinsicht mit den Nachbarn wirtschaftlich verbunden. Diese Verhältnisse sind - z. B. im Kreis Karlsruhe - zum Teil durch Zonengrenzen teilweise unterbrochen. Wenn es aber die Verhältnisse gestatten, geht der Verkehr hin und her, und es erfolgt nach wie vor ein Austausch von Waren. Es zeigt sich, daß dieser Austausch infolge der verschiedenen wirtschaftlichen Strukturen notwendig ist und nützlich ist. Unverständlich erscheint uns die Beibehaltung der früheren staatlichen Grenzen zum amerikanischen besetzten württembergischen Gebiet, die gerade in unserer Ecke im Hinblick auf den Waren- und Güterverkehr eine Beschränkung mitunter zu großen Resultaten führen, obwohl das Volk das Gefühl hat, daß wenn wir schon in einem Staatsgebiet leben, diese Grenzen fallen sollten. Am 3. November 1945 hat der stellvertretende Ministerpräsident Herr Dr. Köhler, in Memmingen erklärt, daß die Vereinheitlichung auf dem Gebiete der Verwaltung erfolgen werde, allerdings stufenweise, und zwar zunächst auf dem Gebiete der Ernährung und Arbeit. Warum bezieht heute kein einzelnes Landeswirtschaftsamt? Wir glauben, daß ein solches einheitliches Amt sich sehr segnerisch für beide Landesteile auswirken und viel Mühen aus der Welt schaffen könnte, abgesehen von den verwaltungsmäßigen und sachlichen Vorteilen auf beiden Seiten.

Man geht in Britanien, wenn man im Regierungsblatt der Regierung Württemberg-Baden Nr. 4 das Gesetz Nr. 32 über die Verwaltung und Wahlen in den Gemeinden Nordbadens vom 10. 1. 46 liest und dann feststellt, daß bereits am 20. 12. 1945 für Nord-Württemberg das Gesetz Nr. 30 über die Anwendung der Deutschen Gemeindeordnung erlassen wurde. (Regierungsblatt für Württemberg-Baden Nr. 2).

Die Verwitlung und das Wahlrecht in den Gemeinden Nord-Baden und Nord-Württemberg sind also demnach in wesentlichen Teilen verschiedentlicher geregelt worden. In Württemberg ist man von der im Jahre 1933 erlassenen Deutschen Gemeindeordnung ausgegangen und hat sie mit einer Reihe von Änderungen und Ergänzungen in Kraft gelassen. Die Gemeindeordnung von 1933 ist, wenn man die nationalsozialistischen Gedankenkreise und die allseitigen Bestimmungen antizipiert, ein sehr reichhaltiges Gemeindegesez. Warum ist man für Nord-Baden nicht den gleichen Weg gegangen? Warum hat man nicht die Gleichheit beachtet, um in 12 m Staaten die Verschiedenheiten in der Gemeindeverwaltung auszuräumen und damit wesentliche Vereinfachungen zu erzielen? Die Unterschiede treten klar zutage im Gemeindegesez. Württemberg hat zu der Gemeindeordnung von 1933 in einem flachen Teil des Verhältnisrechtes auf Grund

# Wieder deutsche Arbeitsgerichte

Berlin, 12. April. (DANA) Der alliierte Kontrollrat beschloß und unterzeichnete am 30. März in seiner 52. Sitzung ein neues Gesetz zur Wiedereinführung deutscher Arbeitsgerichte. Das Gesetz bestimmt, daß in ganz Deutschland örtliche Arbeitsgerichte und die erforderlichen Berufungsgerichte zur Regelung von Arbeitsstreitigkeiten zu errichten sind.

Nach diesem Gesetz haben die örtlichen Arbeitsgerichte als 1. Instanz zu fungieren, ganz gleich, wie groß das Streitobjekt ist. Die Berufungsgerichte haben als 2. Instanz über Berufungen gegen die örtlichen Arbeitsgerichte zu entscheiden. Ferner wurde festgelegt, daß die Zonen-Kommandanten in Ermangelung eines deutschen obersten Arbeitsgerichts von sich ein oder mehrere höhere Gerichte als Obsteinstanz in mehreren Fällen einsetzen können.

Die Arbeitsgerichte sind in Zivilverfahren verschiedener Art zuständig, zum Beispiel für Streitigkeiten zwischen den Parteien, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, ferner für Streitigkeiten, die sich aus Abkommen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern hinsichtlich der Preisbedingungen, des Gesundheitsschutzes und der Un-

# Aus dem Gewerkschaftsleben

Frauen und Gewerkschaften.

„Wenn wir Frauen auf Grund unserer physischen Eigenschaften zum Teil anders fühlen, denken und handeln, so empfinden wir unser Anderssein als einen Vorzug im Hinblick auf die Ergänzung des Mannes und die Bereicherung der Gesellschaft.“ Clara Zetkin (1907).

Eine starke Organisation der Arbeit ist ohne das Milieu der Frauen nicht denkbar, wie die Lösung aller anderen Gewerkschaftsaufgaben ohne Frauen durchführbar ist. Diese Erkenntnis ist noch lange nicht Allgemeinort aller Frauen geworden. Viele stehen den nüchternen Tatsachen der Gegenwart noch fremd, abwartend oder teilnahmslos gegenüber und mit den Gewerkschaften wissen sie schon deshalb nichts anzufangen, weil die Enttäuschungen des Naziregimes gerade die Frauen mit einer schwer überwindbaren Scheu vor jeder Organisation erfüllt haben. Wenn es aber gelingt, die Frauen davon zu überzeugen, daß sie neben dem Manne nicht nur gleichberechtigt arbeiten, sondern auch mitreden, mitberaten und mitgestalten sollen bei allen Berufs-, Betriebs- und allgemeinen Lebensfragen, desto eher werden sie auch diesmal mit ganzem Herzen dabei sein.

Die Hitler-Katzenpötte hat die Welt der Frauen besonders hart erschüttert. Die zahllosen, heuchlerischen Versprechungen auf ein „glückliches Familienleben“ sind zerplatzt, die „goldene Brücke“ der Erwerbbarkeit, über die die Frauen in dem sicheren Hafen der Ehe geführt werden sollten, ist zusammengebrochen. Die Verlockungen, mit denen man Mädchen und Frauen bereits 1939 in die Rüstungsbetriebe steckte, sind verfallen.

Was wollen und sollen die Millionen Mädchen und Frauen nun beginnen, die aus den Riesenbächen der aufgelösten Wehrmacht, Partei- und Beamtenstellen auf die Straße gesetzt wurden? Wohin mit den Hunderttausenden von Sekretärinnen, Stenotypistinnen, Buchhalterinnen, Kassierinnen und Verkäuferinnen? Was wird aus dem Heer der ungelerten weiblichen Mitglieder unserer Gemeinschaft? Nur einige Zahlen mögen das ungeheure Maß der zu bewältigenden Aufgabe andeuten: Für 451.000 schulpflichtige Mädchen im Jahre 1940 fehlten 233.643 Lehrstellen. Die Statistik der Lehrkräfte vom 30. Juni 1941 gibt die Gesamtzahl der weiblichen Lehrkräfte mit 291.436 an, davon 211.813, also 72 Proz., in kaufmännischen Berufen, knapp 15 Proz. in Bekleidungsberufen und nur 590 weibliche Lehrkräfte in der Metallindustrie. Sie alle und noch viel mehr sitzen nun ohne Arbeit und ohne Berufsaussichten da. Zu ihnen gesellen sich die Millionen, die während der Naziherrschaft die Erwerbbarkeit als „Nebenberuf“ betrachteten. Bereits im Juni 1939 gab es als Folge der Aufrüstung 1 1/2 Millionen mehr erwerbstätige Frauen als 1933. Dann kam der totale Krieg, der die verheirateten Frauen und Mütter in die Fabriken und Väter und Söhne an die Fronten preßte.

Die Frauen müssen selbst mit Hand anlegen, sie müssen einer aufmerksamen Welt zeigen, daß sie gewillt und in der Lage sind, jetzt „ihren Mann“ zu stehen. Die Gewerkschaften rufen allen Frauen, die auf Erwerbbarkeit angewiesen sind. Es müssen neue Arbeitsstellen und Lehrstellen geschaffen werden. Die Berufsausbildung der jungen Mädchen erfordert neue Grundlagen. Für die Frauen gibt es neue Berufe zu erschließen. Dazu gehören Berufsberatung, Umschulung und Fortbildung. Ohne die tätige Mitarbeit der Frauen können die Gewerkschaften alle diese Aufgaben nicht bewältigen. Die Regeln des Arbeiterinnen- und Mutterrechtes sowie die Forderungen für die Kinder berufstätiger Frauen sind unüberwindlich, wenn die Frauen daran nicht selbst mitarbeiten. Aber auch in den Betriebsvertretungen, Verbandsleitungen und Bezirks-

**Einheitsgewerkschaft der Eisenbahner**  
Die Vertreter der Gewerkschaften und der Betriebsratverträtungen des Reichsbahnpersonals der Direktion Frankfurt (M.), Kassel, Nürnberg, Augsburg, Regensburg, München und Stuttgart fassen einstimmig die Entscheidung, eine Einheitsgewerkschaft der Eisenbahner zu errichten.

Der Industrieverband Chemie, Keramik und Papier bittet seine alten Gewerkschaftsmitglieder und Funktionäre, alle noch vorhandenen Literatur, Statuten, Flugschriften usw. aus der Zeit vor 1933 bis heute der Verwertungsgesellschaft Köln, V. G. 9, zuzuschicken.

Der Organisationsausschuß des FDGB Berlin behandelte eingehend die Frage der Einführung der Unterstellungsrichtlinien.

**Bundstag der Deutschen Friedensgesellschaft**  
Am 30. März trafen sich in Hannover die Delegierten der Deutschen Friedensgesellschaft (Bund der Kriegsgegner) zu einem außerordentlichen Bundestag. Trotz der Ungunst der Verhältnisse wies die Tagung einen bemerkenswerten Besuch auf, und das erste Wiedersehen der Friedensfreunde aus allen Zonen gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung. Es wurde der Opfergedanke der Arbeiter und Soldaten in den Reihen der aufstrebenden Pazifisten gerühmt, und der Fremde, die sich durch die Emigration dem Haß der Verfolger entzogen und draußen eine neue Heimat suchen mußten. Bei der Nennung der Namen, wie Heinrich Vierbieler, Friedrich Kayser, Lehmann-Rußhöft, Prof. W. Stöcker, stieg der Arbeit zu sehen dem Unglück des Krieges, der unsere Generation zum zweiten Male wie ein böses Fieber heimsuchte, der unseren Kontinent in namenloses Elend stürzte, die Wiederkehr durch eine radikale innere Abkehr von aller Militärfreundlichkeit unmöglich zu machen. Das auf der Tagung beschlossene neue Programm der DFG wird in Kürze veröffentlicht werden. Zum Präsidenten wurde einstimmig Dr. h. c. Freyher von Schönau wiedergewählt. Ferner wurden in das Bundespräsidium Erik Küster, als geschäftsführender Vorsitzender, Eugen Baagel, Bochum, Josef Kadzorgsky, Frankfurt a. M., W. Oehlischlager, Berlin, Ludwig Wolf, Erlangen, und Walter Zillmann, Stuttgart, berufen.

**Bayrische SPD gegen Verschmelzung**  
Ausprache mit Ministerpräsident Dr. Höger  
München, 12. April. (DANA) Im Rahmen einer freien Aussprache auf der Pressekonferenz der bayrischen Regierung wurde Ministerpräsident Dr. Wilhelm Höger von einem SPD-Vertreter gefragt, inwiefern innerhalb der SPD in Bayern Bestrebungen für eine Verschmelzung der sozialdemokratischen mit der kommunistischen Partei zu beobachten seien.

Dr. Höger betonte, daß in den Reihen der bayrischen Sozialdemokraten keinerlei Tendenzen, die auf die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien hindeuten, zu beobachten seien.

Wenn die Kommunisten heute unter Demokratie geworden seien, so sagte er, die logische Folge der Rückkehr der Einzelmitglieder der KPD in den Reihen der Mutterpartei, von der sie sich im Jahre 1919 losgelöst hätten, sein müsse.

Zur gleichen Frage nahm der Minister für Sonderaufgaben, Schmitt, Stellung. „Die in der Sozialdemokratie teilweise bereits durchgeführte Verschmelzung der KPD mit der SPD zu einer einheitlichen Arbeiterbewegung wird von den Mitgliedern der KPD in Bayern lebhaft begrüßt, da sie einen wertvollen Grundpfeiler beim wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands darstellt.“

**Christliche Union in der US-Zone**  
In der vorigen Woche trafen sich die Vorsitzenden und Beauftragten der Christlich-sozialen Union in Bayern, der Christlich-demokratischen Union in Württemberg, der Christlich-demokratischen Union Baden und der Christlich-demokratischen Union Großhessens, nämlich Dr. Josef Müller, München, Beauftragter von Fritz-W. Giffon, Botschafter V. Reich, Wirtschaftsminister A. D. Dr. Stuttgart, Reichsminister A. D. Dr. Köhler, Minister Hilpert, Wiesbaden, Oberbürgermeister A. D. Adenauer, Köln, Oberpräsident Steiner, Schleswig-Holstein, in einer gemeinsamen Besprechung über die entscheidenden innen- und außenpolitischen Grundfragen der Union für den Aufbau eines neuen, demokratischen Deutschlands und erzielten in ihren Beratungen eine vollständige Übereinstimmung.

Sie haben den Zusammenschluß zur Christlichen Union in der US-Zone beschlossen. An den Beratungen haben führende Vertreter der Christlich-demokratischen Union der britischen Zone teilgenommen. Auch mit ihnen wurde vollständige Übereinstimmung festgestellt. Es wurde beschlossen, daß sowohl seitens der Union in der US-Zone wie der britischen Zone entsprechende Schritte für den Zusammenschluß der Union für die beiden Zonen unternommen werden. Das ist ein politischer Vorzug von nicht zu unterschätzender Bedeutung für unsere gesamte Innenpolitik. Sie zeigt, daß die Lösung der Union zum Zusammenschluß auch von den verschiedenen Landesorganisationen der Christlich-demokratischen Union in den westlichen Zonen voll und ganz bejaht wird. Die Gemeinschaft der Union in Süddeutschland ist eine insofern bemerkenswerte Tatsache, als zum erstenmal seit 25 Jahren die Christliche Partei Bayerns in eine über die bayerische Grenze hinausreichende politische Organisation einbezogen ist. Der Zusammenschluß wird eine grundtätige einheitliche Ausrichtung der Politik der Union auf dem gemeinsamen Boden des Christentums zur Folge haben, unangetastet der Nuancen, die durch die verschiedenen Entwicklungsstadien und Tradition der einzelnen Landesorganisationen von Anfang an bestehen ist. Ohne Zweifel ist dadurch die Stärke der Union wesentlich verstärkt worden. Sie wird auch die Reaktionen der einzelnen Länder befruchtend auf die Arbeiten der Länderärzte einwirken können, obwohl gerade in ihm diese verstärkte politische Kräfteverteilung in Süddeutschland keinen Vertreter hat.

**Wieder deutsche Arbeitsgerichte**  
Berlin, 12. April. (DANA) Der alliierte Kontrollrat beschloß und unterzeichnete am 30. März in seiner 52. Sitzung ein neues Gesetz zur Wiedereinführung deutscher Arbeitsgerichte. Das Gesetz bestimmt, daß in ganz Deutschland örtliche Arbeitsgerichte und die erforderlichen Berufungsgerichte zur Regelung von Arbeitsstreitigkeiten zu errichten sind.

Nach diesem Gesetz haben die örtlichen Arbeitsgerichte als 1. Instanz zu fungieren, ganz gleich, wie groß das Streitobjekt ist. Die Berufungsgerichte haben als 2. Instanz über Berufungen gegen die örtlichen Arbeitsgerichte zu entscheiden. Ferner wurde festgelegt, daß die Zonen-Kommandanten in Ermangelung eines deutschen obersten Arbeitsgerichts von sich ein oder mehrere höhere Gerichte als Obsteinstanz in mehreren Fällen einsetzen können.

Die Arbeitsgerichte sind in Zivilverfahren verschiedener Art zuständig, zum Beispiel für Streitigkeiten zwischen den Parteien, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, ferner für Streitigkeiten, die sich aus Abkommen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern hinsichtlich der Preisbedingungen, des Gesundheitsschutzes und der Un-

**Das freie Wort**  
Herr Xaver Kästel, Karlsruhe, Buntst. schreibt uns:  
Die Überufenen!  
Zu dem gegenwärtigen Vereinigungsaufruf der SPD und der KPD ist folgendes zu sagen. Der Sozialist muß, bevor er an solche schwerwiegenden Fragen herantritt, dieselben kennzeichnend geprüft haben. Er muß sich vor allem die Fragen vorlegen, warum die Vereinigung, woher kommt sie, was ist die Ursache, und was ist ihre Auswirkung. Ist meine Handlungsweise der Parteibewegung dienlich, oder ist mein Vorhaben nur ein einzelner Personensache zum Vorteil. Das ist die Gewissensfrage eines verantwortlichen Sozialisten für eine Sache von außerordentlicher Bedeutung, wie die Vereinigung der SPD mit der KPD.

Wann und wo hat der Sprecher für die östlichen Gebiete, Grotwohl, sowie der Sprecher für die westlichen Gebiete, Schuchter-Hanow, den Auftrag erhalten, Vereinigungsbestrebungen anzukündigen? Die organisatorischen Voraussetzungen sind doch noch gar nicht vorhanden. Für uns in der SPD organisierten Mitgliedern ist unser Heideberger Programm aus dem Jahre 1925 immer noch ziel- und richtunggebend.

Es ist ein überflüssiges und undemokratisches Vorgehen beider Genossen. Die Einheit der Republik ist nicht vorhanden. Ebenso ist der organisierte Aufbau der örtlichen Organisationen nicht vorhanden. Es ist ein Sozialdemokrat, der oben herunter kommt für ein Sozialdemokrat, das die Demokratie verstoßen, deren die Freiheit und Gleichheit.

Im Heideberger Programm steht die Forderung, die SPD strebt die Einheit der Republik auf demokratischer Grundlage. Sobald die Voraussetzungen des Nationalismus und die deutsche Republik überlassen können wir die demokratische Einheitsrepublik Deutschlands schaffen. Ebenso die „Republikanische Sozialistische Partei Deutschlands“.

Wir Klassenbewußte Sozialisten gehen in der Frage der Vereinigung mit unserem großen Theoretiker Karl Kautsky, und das ist es, was ich den Genossen in Berlin und Hannover ins Stammbuch schreiben möchte.

Karl Kautsky sagt in seinem Buche „Die proletarische Revolution und ihr Programm“ vom Jahre 1922 (Dietz-Verlag Stuttgart) folgendes:  
„Die kommunistische Partei ist ein Kind der russischen Revolution. Aus der russischen Revolution geboren, wird die kommunistische Partei mit ihr auflösen, auf das Proletariat zu wirken.“

Nach dem Siege über den Nationalismus hat die russische Revolution ihren Abschluß gefunden. Das sind die besten Gründe für die Einigkeit, warum die Führer der heutigen „Kommunistisch-Deutschen Partei Deutschlands“ die Vereinigung mit der SPD suchen.

**Tellerhöhung der Lebensmittelrationen**  
Frankfurt, 12. April. (DANA) In der 88. Zuteilungsperiode werden nach



